

## Presseerklärung

### **Jahresbericht 2018: KlientInnenzahlen stagnieren Rückläufige Entwicklung des Vorjahres setzt sich nicht fort – mehr Betreuungsbedarf**

2017 war erstmals seit vielen Jahren die Zahl der von dowas **über die Mindestsicherung betreuten KlientInnen** deutlich gesunken (um 8,5%). **2018 setzte sich dieser Trend überraschenderweise nicht fort**: 1.109 KlientInnen gegenüber 1.122 im Vorjahr (-1,2%) bedeutet de facto **Stagnation**. Wir hatten mit weiteren Rückgängen gerechnet – immerhin waren 2018 erstmals seit langem auch die landesweiten Zahlen der MindestsicherungsbezieherInnen rückläufig (rund – 6%) und gleiches gilt für die Langzeitarbeitslosigkeit, die für die Mindestsicherung besonders bedeutsam ist.

Wir haben für diese Entwicklung bei keine eindeutig belegbaren Erklärungen. Plausibel erscheint uns ein Zusammenhang mit den Turbulenzen am **Wohnungsmarkt**, den **galoppierenden Mieten** und der völlig kontraproduktiven **Deckelung der Wohnkosten in der Mindestsicherung** vor zwei Jahren. Dafür spricht, dass sich trotz stagnierender KlientInnenzahl der **Beratungsbedarf** speziell in unserer Beratungsstelle gegenüber dem Vorjahr **deutlich erhöht** hat (um 12,4% von 4.052 Std. auf 4.626 Std.) und sich die Beratungen noch mehr als in der Vergangenheit vorrangig um das Thema Wohnen und Wohnkosten drehen.

Rund **ein Drittel der KlientInnen in unserer Beratungsstelle** sind Menschen, die im Grunde gar **keine Mindestsicherung beziehen**. Sie haben wegen ihres geringen Einkommens lediglich Anspruch auf Beratungsleistungen und lassen sich bspw. hinsichtlich der Wohnbeihilfe beraten. Wie prekär die Wohnsituation auch für **Menschen mit eigenem Einkommen** mittlerweile ist, zeigt eine von der Landesregierung kürzlich veröffentlichte Studie: Durchschnittlich haben die **BezieherInnen der Wohnbeihilfe** im Lande eine **Wohnkostenbelastung von 36%** - trotz Wohnbeihilfe! Das ist zu viel!

Für alle unsere KlientInnen gleichermaßen gilt zudem: Ein Großteil von ihnen kommt **in den Vergabeverfahren für gemeinnützige Wohnungen kaum noch zum Zuge**, weil de facto die Meldezeiten in den Vergaberichtlinien immer noch mehr Gewicht haben als die Dringlichkeit. Viele dowas-KlientInnen haben nicht genügend Meldezeiten und sind dann auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen. Dort **laufen ihnen die Mietpreise davon**. Das macht in besonderem Maße den **DauerbezieherInnen der Mindestsicherung** zu schaffen: Vor zwei Jahren hat die Landesregierung die **Mietzuschüsse in der Mindestsicherung gedeckelt** und zu den seitdem geltenden Höchstsätzen gibt es heute im Raum Bregenz keine Wohnungen mehr. Diese Menschen müssen die überschießenden Mieten aus ihrem Budget für den allgemeinen Lebensunterhalt bezahlen und geraten dadurch allgemein in finanzielle Schwierigkeiten. Insofern ist es kein Wunder, dass die KlientInnenzahlen bei dowas 2018 nicht weiter zurückgegangen sind und der Beratungsbedarf sogar gestiegen ist.

#### **dowas arbeitet für alle Bürgerinnen und Bürger und alle Menschen, die in diesem Land leben**

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingszuwanderung gab es in den letzten Jahren eine emotional aufgeladene öffentliche Debatte darüber, dass die Zahl der AusländerInnen in der Mindestsicherung zu Lasten der ÖsterreicherInnen stetig steigt, was letztlich sogar in Forderungen wie „Sozialleistungen nur noch für ÖsterreicherInnen“ gipfelte. Um einen differenzierteren Beitrag zu dieser Debatte zu leisten, haben wir unsere KlientInnenzahlen der letzten 5 Jahre nach dem Kriterium des

Aufenthaltsstatus ausgewertet, beginnend mit dem Jahr vor der starken Flüchtlingszuwanderung (2014).

Die  **Hälfte der von dowas beratenen KlientInnen**  sind Menschen, die schon  **länger im Land leben und einen Rechtsanspruch darauf haben** , auch dauerhaft hier zu bleiben. Das sind  **österreichische StaatsbürgerInnen**  und  **NichtösterreicherInnen mit einem Daueraufenthaltsrecht**  (die zum Zeitpunkt der Verleihung des Daueraufenthaltsrechts erwerbstätig waren oder deren Angehörige sind). 2014 wurden aus dieser Gruppe 501 KlientInnen betreut, 2018 waren es mit 529 etwas mehr. Dabei ist die Zahl der  **ÖsterreicherInnen**  leicht von 418 (2014) auf 387 (2018) gesunken, die der  **NichtösterreicherInnen**  in etwas größerem Umfang gestiegen (2014: 83, 2018: 142). Von 107 (2014) auf 303 (2018) nahezu verdreifacht hat sich selbstredend die Zahl der  **Konventionsflüchtlinge**  und  **Subsidiär Schutzberechtigten** , wobei es sich im dowas um Flüchtlinge handelt, deren Fluchtgründe quasi amtlich anerkannt sind und die nach internationalem Recht den ÖsterreicherInnen gleich gestellt sind. In Summe haben damit  **drei Viertel der dowas-KlientInnen einen definitiven Anspruch auf Leistungen aus der Mindestsicherung** .

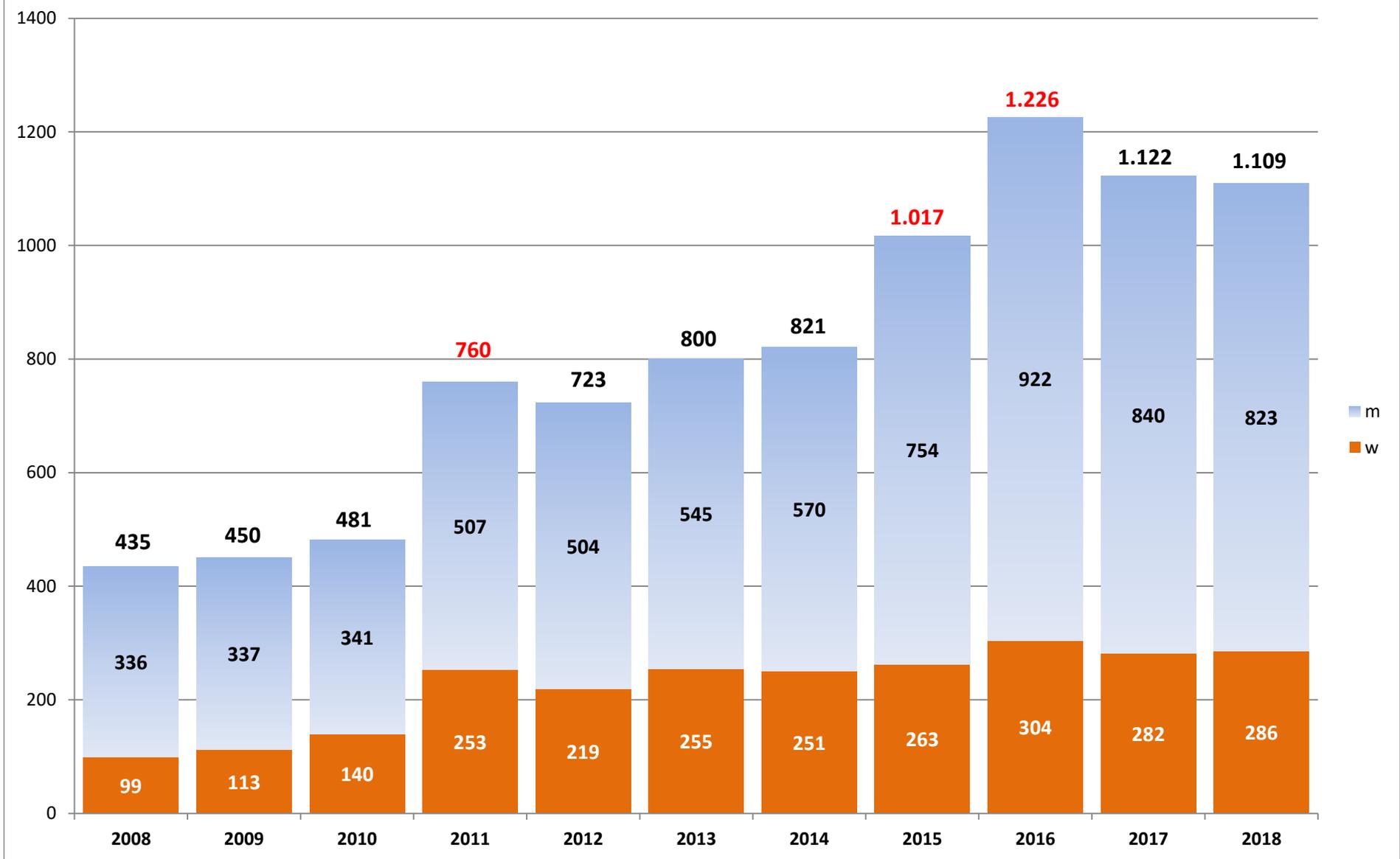
Ebenfalls stark gestiegen ist die Gruppe der  **nichtösterreichischen KlientInnen** , die  **kein Daueraufenthaltsrecht**  besitzen (2014: 168, 2018: 232) und demzufolge auch keinen Anspruch auf Leistungen der Mindestsicherung. Sie bekommen nur  **begrenzte Unterstützung**  in Notfällen (z.B. max. 4 Übernachtungen in der Notschlafstelle). Insofern nehmen sie auch nur einen sehr geringen Anteil der Leistungen in Anspruch. De facto kosten die für sie erbrachten Leistungen die SteuerzahlerInnen nichts, da sie aus einem Budgettopf bezahlt werden, der gedeckelt ist und dieser Deckel regelmäßig bereits mit Leistungen für anspruchsberechtigte KlientInnen überschritten ist.

Aus den Entwicklungen der letzten 5 Jahre lassen sich folgende Schlüsse ziehen: Sowohl die  **österreichischen KlientInnen**  als auch die  **anerkannten Flüchtlinge**  haben vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert und ihre  **Zahlen gehen seit den Höchstständen 2015/2016 deutlich zurück** . Bei den Flüchtlingen wurde dies durch die beispielhafte Unterstützung von AMS und Landesregierung bei der Vermittlung auf den Arbeitsmarkt befördert. Am meisten durch die Zuwanderung  **unter Druck geraten**  sind die schon länger im Land lebenden  **NichtösterreicherInnen mit Daueraufenthaltsrecht** . Es gibt Arbeitsmarktanalysen, die Verdrängungseffekte infolge der Zuwanderung für diese Gruppe auf dem Arbeitsmarkt belegen, wir beobachten ähnliche Effekte auf dem Wohnungsmarkt. Dabei spielt die in der öffentlichen Debatte im Vordergrund stehende Flüchtlingszuwanderung eine geringere Rolle als die viel größere und ganz  **legale Zuwanderung aus der EU** . Infolge der zunehmenden Handelsungleichgewichte in der EU gehen in den Ländern mit Handelsdefiziten massiv Arbeitsplätze verloren, was Migrationsbewegungen in Richtung der wohlhabenderen Staaten (u.a. Österreich) auslöst. Dort entsteht durch diese Zuwanderung erheblicher Druck auf die Arbeitsmärkte, die Löhne (vor allem in den unteren Einkommensgruppen), den Wohnungsmarkt und die Sozialsysteme, was sich u.a. in der Verdrängung und  **Verarmung früherer ZuwanderInnen**  ausdrückt. Auch die Zunahme unserer  **KlientInnen ohne Daueraufenthaltsrecht**  ist zu einem Großteil ein „Kollateralschaden“ dieser ganz legalen Migrationsbewegungen: Vor allem in der Notschlafstelle und im Treffpunkt haben wir zahlreiche EU-ArmutsmigrantInnen, die mit wenig Aussicht auf Erfolg auf der Suche nach Arbeit sind.

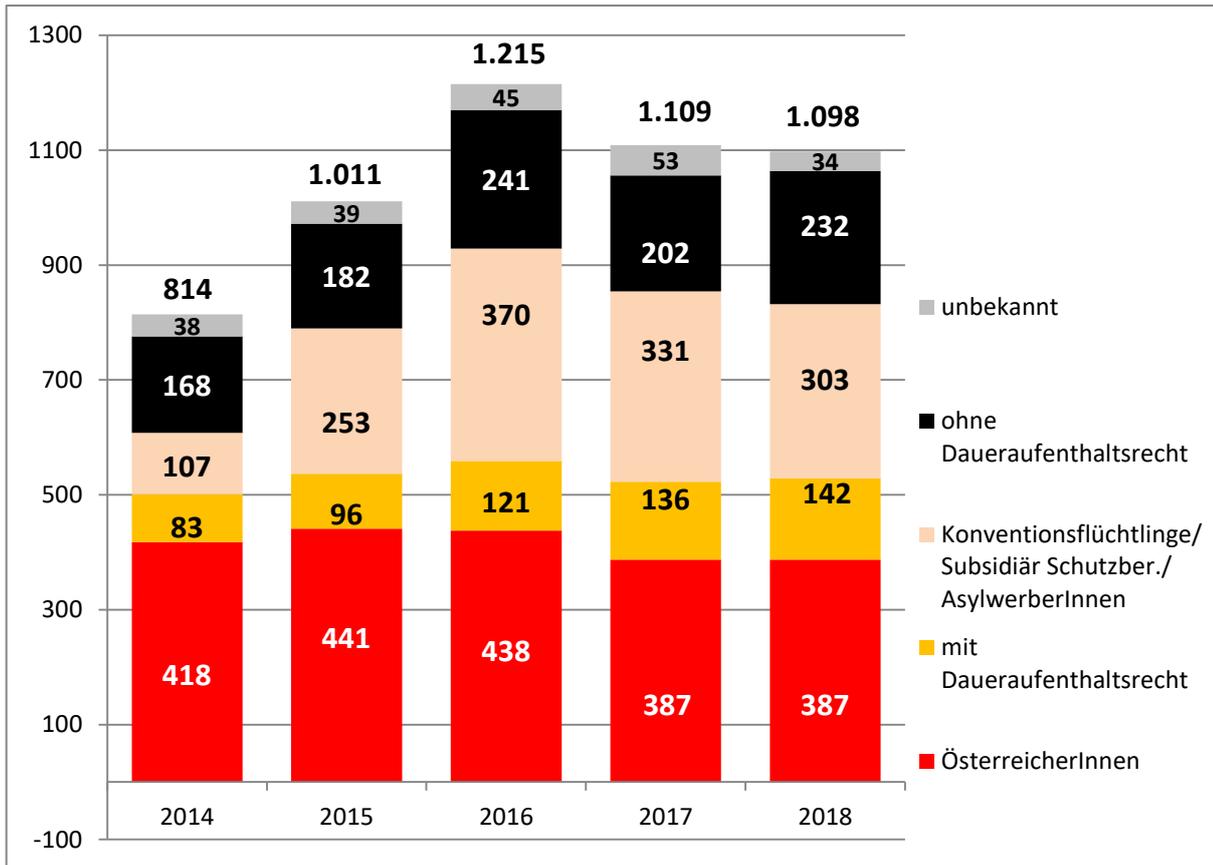
Verantwortlich für den Inhalt:

Michael Diettrich (Geschäftsführer), Sandgrubenweg 4, 6900 Bregenz, T 650 92 36 922

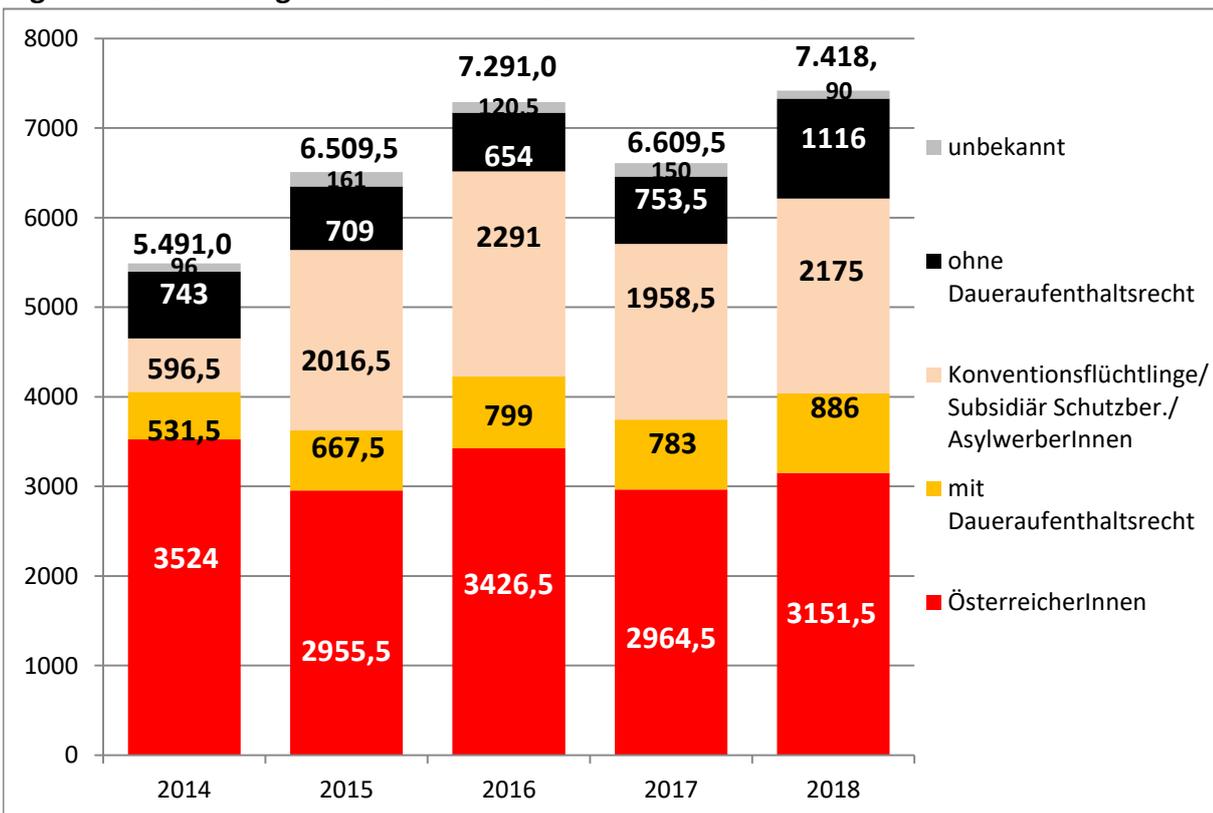
**Grafik 1: von dowas über Mindestsicherung betreute KlientInnen 2008 - 2018**



**Grafik 2: beratene KlientInnen nach Aufenthaltsstatus 2014 bis 2018**



**Grafik 3: geleistete Beratungsstunden nach Aufenthaltsstatus der KlientInnen 2014 bis 2018**



ORF.at



Foto: ORF Vorarlberg  
Foto: ORF Vorarlberg

CHRONIK

## Dowas: Weniger Klienten, mehr Beratungen

Die Zahl der Menschen in Vorarlberg, die eine Wohnung oder Beschäftigung suchen, ist im vergangenen Jahr in etwa gleichgeblieben. Zugenommen haben die Beratungsgespräche. Das geht aus dem Jahresbericht des Vereins Dowas für 2018 hervor.

### Verein Dowas

Dowas sieht sich als Sozialeinrichtung, die auf die soziale Teilhabe von Menschen zielt, die vom sozialen Ausschluss bedroht oder betroffen sind.

2017 gab es laut Dowas-Geschäftsführer Michael Diettrich noch einen klaren Trend: Die Zahl der betreuten Klienten ging um 8,5 Prozent zurück und lag bei 1.122 Personen. 2018 gingen die Klientenzahlen nur um 1,2 Prozent auf 1.109 Personen zurück, obwohl es das Jahr war in dem die Zahl der Bezieher der Mindestsicherung um sechs Prozent zurückgegangen sei, so Diettrich.

### Beschränkung der Wohnbeihilfe

Gründe dürften die hohen Wohnkosten sein, sagt Diettrich, und die Beschränkung der Wohnbeihilfe für die Bezieher von Mindestsicherung. Die „viel zu hohen Mieten“ müssen nun aus dem Satz bezahlt werden, der eigentlich zur Deckung des Lebensunterhaltes dienen müsste, sagt Diettrich. Trotz gleichbleibender Klientenzahl habe sich auch der Beratungsbedarf erhöht - um 12,4 Prozent mehr auf insgesamt 4.600 Stunden.



Foto: ORF  
Diettrich sieht Problematik in den Wohnkosten

### Auswirkungen auf türkische Mitbürger

Diettrich hat sich auch ein Bild davon gemacht, auf welche Klienten-Gruppe sich die Flüchtlingswelle ab 2015 besonders ausgewirkt hat: Es seien nicht die Österreicher oder die bereits anerkannten Flüchtlinge, sagt Diettrich. Es gebe Arbeitsmarkt-Analysen, die belegen würden, dass die bereits im Land lebenden Türken an der Zuwanderung am meisten gelitten haben.

### Mehr gemeinnützige Wohnungen gefordert

Diettrich verlangt, dass mehr gemeinnützige Wohnungen gebaut werden, nur so lasse sich der große Preisdruck verringern. Außerdem müsse die Vergabe gemeinnütziger Wohnungen verändert werden. Dringlichkeit sollte stärker gewichtet werden als Meldezeiten.

ORF Vorarlberg

### Link:

- [Verein Dowas \(https://www.dowas.at/\)](https://www.dowas.at/) (Homepage)

VORARLBERG

# Re-Live: So war das Jahr für die Sozialeinrichtung dowas

12 KOMMENTARE

Von **Mirjam Mayer** - 6.09.2019 08:29 (Akt. 6.09.2019 11:52)



Die Dowas-Jahresbilanz wurde am Freitagvormittag in Bregenz präsentiert. ©VOL.AT/Mirjam Mayer

**Geschäftsführer Michael Diettrich: "Wir hatten mit weiteren Rückgängen gerechnet."**

 **Dowas präsentierte Jahresbericht****NEU**

2017 war erstmals seit vielen Jahren die Zahl der von dowas über die Mindestsicherung betreuten Klienten deutlich rückläufig (-8,5%). 2018 setzte sich dieser Trend aber überraschenderweise nicht mehr fort. 1.109 Klienten gegenüber 1.122 im Vorjahr (-1,2%) bedeuteten praktisch Stagnation. "Wir hatten mit weiteren Rückgängen gerechnet", sagte Geschäftsführer Michael Diettrich am Freitag auf der Jahresberichts-Pressekonferenz. Immerhin waren 2018 landesweit erstmals seit Langem die Zahlen der Mindestsicherungsbezieher rückläufig (-6%). Gleiches gilt für die Langzeitarbeitslosigkeit, die für die Mindestsicherung besonders bedeutsam ist.

dowas bietet als Sozialeinrichtung vor allem Hilfe für wohnungs- und arbeitssuchende Menschen an.

## **Turbulenzen am Wohnungsmarkt**

dowas ortet die Gründe für in den Turbulenzen am Wohnungsmarkt - in den galoppierenden Mieten und der völlig kontraproduktiven Deckelung der Wohnkosten in der Mindestsicherung vor zwei Jahren. Auch die Beratungen würden sich vorrangig um das Thema Wohnen und Wohnkosten drehen.

Geschäftsführer Michael Diettrich "Insofern ist es kein Wunder, dass die Klientenzahlen bei dowas 2018 nicht weiter zurückgegangen sind und der Beratungsbedarf sogar gestiegen ist."

## **Watch It Again: dowas präsentiert Bilanz**

## Dowas: Zahl der Klienten stagniert

Die rückläufige Entwicklung des Vorjahres setzt sich entgegen aller Erwartungen nicht fort. Klienten-Gruppe der EU-Armutsmigranten drückt die Märkte.

Von **Danielle Biedebach**  
danielle.biedebach@neue.at

Mit dieser Entwicklung hat Dowas-Geschäftsführer Michael Diettrich nicht gerechnet. Erstmals seit Jahren war 2017 die Zahl der betreuten Klienten beim Verein deutlich gesunken. Nämlich um 8,5 Prozent. Überraschenderweise setzte sich der Trend nicht fort. Tatsächlich wurde 2018 zwar ein Rückgang von 1,2 Prozent verzeichnet, das ist statistisch jedoch zu vernachlässigen. 1122 Personen waren es 2017, 1109 vergangenes Jahr. „Wir hatten mit weiteren Rückgängen gerechnet, weil vergangenes Jahr auch die Zahlen der Langzeitarbeitslosen und Mindestsicherungsbeziehern rückläufig waren“, sagte Diettrich gestern bei der Präsentation des Jahresberichts.

Eine eindeutige Erklärung für die Stagnation hatte er nicht. Aber die Vermutung liege nahe, dass die steigenden Preise am Wohnungsmarkt und die Deckelung der Wohnkosten in der Mindestsicherung zu dieser Entwicklung beigetragen hätten, sagte Diettrich. Dafür spreche auch, dass sich trotz gleichblei-



Drei Viertel der Dowas-Klienten haben einen definitiven Anspruch auf Leistungen aus der Mindestsicherung. KLAUS HARTINGER

bender Klientenzahl der Beratungsbedarf in Stunden erhöht habe (12,4 Prozent). Das dort vorherrschende Thema sind stets Wohnen und Wohnkosten. Das mag beim Verein Dowas auf der Hand liegen. Jedoch sind etwa ein Drittel der Menschen, die zur Beratung kommen, gar keine Mindestsicherungsbezie-

her. Es sind solche, die wegen ihres geringen Einkommens lediglich Anspruch auf Beratungsleistungen haben.

Auch auf die vonseiten des Landes kürzlich veröffentlichte Studie zum leistbaren Wohnen nahm Diettrich Bezug. Demnach haben Bezieher von Wohnbeihilfe mit einem eigenen Einkom-

men noch immer eine Wohnkostenbelastung von 36 Prozent. „Das ist einfach zu viel“, brachte er es auf den Punkt.

Ein weiteres Problem sei auch das Vergabeverfahren bei gemeinnützigen Wohnungen. Die Dringlichkeit müsse stärker gewichtet werden als die Meldezeit. Viele Dowas-Klienten hätten nicht genügend Meldezeit und seien dann auf den privaten Markt angewiesen. „Dort laufen ihnen dann die Preise davon“, gab Diettrich zu bedenken. Weil die Mietzuschüsse in der Mindestsicherung gedeckelt sind, müssen die Betroffenen den fehlenden Betrag aus ihrem Budget für Lebenshaltungskosten zuschießen. Das führt zu weiteren finanziellen Schwierigkeiten. Insofern sei es dann doch nicht verwunderlich, dass die Zahl der Klienten nicht weiter zurückgegangen sei.

**Flüchtlinge und Ausländer.** Vor dem Hintergrund der Flüchtlingszuwanderung wurde immer wieder darüber debattiert, dass die Zahl der Ausländer in der Mindestsicherung zu Lasten der Österreicher steigt. Im Rahmen des Jahresberichts wurden daher alle Klienten der vergangenen fünf Jahre nach dem Kriterium des Aufenthaltsstatus erhoben. Das Ergebnis: Es waren weder



Geschäftsführer Michael Diettrich präsentierte den Dowas-Jahresbericht 2018. DOWAS

## Verein Dowas

Die Mitarbeiter unterstützen in finanziellen, sozialen und gesundheitlichen Notlagen, sichern und beschaffen Wohnraum für Menschen in Wohnungsnot, helfen bei der Bewältigung von Arbeitslosigkeit und schaffen Begegnungsräume für Menschen, die sich kommerzielle Angebote nicht leisten können.

Österreicher noch bereits anerkannte Flüchtlinge, die unter der Zuwanderung am meisten gelitten haben. Die Zahlen dieser Dowas-Klienten sind vielmehr stark zurück gegangen. Arbeitsmarkt- und Wohnungsmarkt-Analysen zeigen allerdings, dass die schon länger im Land lebenden Nichtösterreicher mit Daueraufenthaltsrecht unter Druck gerieten und quasi verdrängt wurden – etwa türkische Mitbürger.

Abgesehen davon spielt laut Erhebungen die Flüchtlingszuwanderung grundsätzlich eine geringere Rolle als die viel größere legale Zuwanderung aus anderen EU-Ländern. Also Menschen aus EU-Ländern mit Handelsdefiziten, die Jobs in wohlhabenderen Staaten wie etwa Österreich suchen. Dadurch entsteht massiver Druck auf die Arbeitsmärkte, Löhne, den Wohnungsmarkt und das Sozialsystem. Diettrich berichtete von zahlreichen EU-Armutsmigranten in den Notschlafstellen. Darunter Roma und Sinti,

aber auch Menschen aus Polen oder Ungarn, die sich vorübergehend mit Gelegenheitsjobs über Wasser halten. „Das ist dann der Kollateralschaden der legalen Migrationsbewegung“, formulierte es der Dowas-Geschäftsführer. Wobei jene Gruppe den Steuerzahler de facto nichts kostet. Personen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben kein Anspruch auf Mindestsicherung und werden nur mit „beschränkten Leistungen“ versorgt. Vier Nächte dürfen sie beim Verein Dowas einkehren. „Die Betroffenen unterliegen einer pauschalierten Verrechnung, die gedeckelt ist. Der Deckel ist aber seit Jahren durch Kurzberatungen von Österreichern oder Klienten mit Daueraufenthaltsrecht erschöpft“, berichtete Diettrich. Sprich: Die Leistungen gingen auf Dowas-Rechnung.

**Ausblick.** Einen konkreten Ausblick auf das laufende oder nächste Jahr wollte Diettrich nicht geben. Mit Vorlaufindikatoren sei er mittlerweile vorsichtig. Er äußerte dennoch die Vermutung, dass wohl „viele Leute mit der neuen Sozialhilfe Schwierigkeiten bekommen werden“. Allerdings schätzt er, dass sich die Auswirkungen erst 2020 bemerkbar machen werden.

Einmal mehr kam er auf das Thema Wohnen zurück. „Jedes Jahr reden wir übers Wohnen. Ich dachte immer, es kann nicht schlimmer werden, wird es aber“, sagt er. Diettrich forderte auch heuer, dass grundsätzlich mehr gemeinnützige Wohnungen gebaut werden. „Das würde den Preisdruck herausnehmen“, meinte er. Die vom Land angekündigten 750 Einheiten sind ihm zu wenig.

# Armutsfalle Wohnen

Dowas verzeichnet deutlichen Anstieg bei den Beratungen.

**BREGENZ** Dowas-Geschäftsführer Michael Diettrich zuckt mit den Schultern. „Wir haben für diese Entwicklung keine eindeutig belegbaren Erklärungen“, meint er bei der Präsentation des Jahresberichts für 2018. Während nämlich im Jahr 2017 bei Dowas zum ersten Mal seit Langem weniger Klienten betreut wurden, setzte sich dieser Trend im Vorjahr nicht fort. „Überraschenderweise“, sagt Diettrich. „Wir hatten mit weiteren Rückgängen gerechnet. Immerhin waren 2018 erstmals seit Langem auch die landesweiten Zahlen im Rahmen der Mindestsicherung rückläufig. Gleiches gilt für die Langzeitarbeitslosigkeit.“ Über die Gründe kann er lediglich Mutmaßungen anstellen. Plausibel erscheint ihm ein Zusammenhang zwischen den Turbulenzen am Wohnungsmarkt, den galoppierenden Mieten und der „völlig kontraproduktiven Deckelung der Wohnkosten in der Mindestsicherung vor zwei Jahren“. Dafür spreche, dass sich trotz stagnierender Klientenzahlen der Beratungsbedarf deutlich erhöht und sich die Beratungen noch mehr

als sonst um die Themen Wohnen und Wohnkosten gedreht hätten.

Wie prekär die Wohnsituation im Land mittlerweile ist, zeige eine kürzlich von der Landesregierung veröffentlichte Studie. „Durchschnittlich haben die Bezieher der Wohnbeihilfe im Land eine Wohnkostenbelastung von 36 Prozent, trotz Wohnbeihilfe. Das ist zu viel“, unterstreicht der Geschäftsführer. Ein Großteil der Dowas-Klienten käme bei den Vergabeverfahren für gemeinnützige Wohnungen kaum noch zum Zug, weil die Meldezeiten in den Vergaberichtlinien de facto immer noch mehr Gewicht hätten

## DOWAS-JAHRESBILANZ

**1109** wohnungs- und arbeitssuchende Menschen wurden im Vorjahr von Dowas betreut. Gegenüber 2017 (1122 Klienten) bedeutet das ein Minus von 1,2 Prozent.

**4626** Beratungsstunden wurden 2018 in Anspruch genommen. Das sind um 12,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor (4052 Stunden).

**2016** wurde mit 1226 betreuten Klienten der Höchststand verzeichnet.

als die Dringlichkeit. „Sie sind daher auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen und dort laufen ihnen die Mietpreise schlichtweg davon“, merkt Diettrich an.

Wie eine Auswertung von Dowas zeigt, sind die Hälfte der beratenen Klienten österreichische Staatsbürger (2014: 418, 2018: 387) und Nichtösterreicher mit einem Daueraufenthaltsrecht (2014: 83, 2018: 142). Erstere hätten gemeinsam mit den anerkannten Flüchtlingen vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert. Am meisten unter der Zuwanderung gelitten hätten die schon länger im Land lebenden Nichtösterreicher mit Daueraufenthaltsrecht. „Wobei der größte Druck auf den Arbeitsmarkt durch die ganz legale Zuwanderung innerhalb der EU entsteht“, ergänzt Diettrich. Einen „Kollateralschaden“ dieser Migrationsbewegung sieht er auch in der Zunahme der Klienten ohne Daueraufenthaltsrecht (2014: 168, 2018: 232). In Bezug auf die offenen Grenzen sagt er daher: „Ich halte das für ein großes Problem und finde es durchaus berichtigt, da kritisch hinzuschauen.“ **VN-GER**